

## **Wahlprüfstein der LandesAStenkonferenz und der GEW**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

sehr geehrte Aktive der im Landtag vertretenen Parteien,

die LandesAStenkonferenz (LAK) Hessen koordiniert die Verfassten Studierendenschaften der hessischen Hochschulen. Zu Beginn des Wintersemesters 2016/17 waren über 250.000 Studierende eingeschrieben, deren Interessen wir wahrnehmen. Wir wollen Ihre Positionen zu den aus unserer Sicht besonders relevanten, hochschulpolitischen Themen erfahren. Ihre Antworten werden wir gesammelt als Wahlprüfsteine unter den Studierenden verbreiten.

### **Bildungsgerechtigkeit**

Wie steht Ihre Partei zu dem Verwaltungskostenbeitrag, den Studierende in Hessen bezahlen müssen?

Wir lehnen den Verwaltungskostenbeitrag ab, weil er eine verdeckte Form von Studiengebühren darstellt. Die Hochschulen sollten ausreichend finanziert werden; die Verwaltung der Studierenden gehört zu den Grundleistungen der Hochschulen, und dafür sollte sie ausreichend öffentliches Geld bekommen.

Wie steht Ihre Partei zu der Idee von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten in Hessen? Wie steht Ihre Partei zu allgemeinen, Zweit- oder Langzeitstudiengebühren in Hessen?

Studiengebühren schrecken von der Aufnahme eines Studiums ab. Sie für Nicht-EU-Bürger einzuführen, trifft z.B. auch Geflüchtete aus den Krisengebieten des Nahen Ostens hart, die sich hier qualifizieren wollen. Die Rechtfertigung für derlei Studiengebühren (Bildung als käufliche Dienstleistung) stößt das Tor zu Gebühren auch für Einheimische auf. Daher haben wir 2008 auch (erfolgreich) dafür gekämpft, die Studiengebühren in Hessen wieder abzuschaffen.

Wie plant Ihre Partei, mehr Menschen den Zugang zu einem Studium zu ermöglichen? Wie plant Ihre Partei, das neueste Urteil des Bundesverfassungsgericht zum sog. NC umzusetzen?

Wir treten für eine Öffnung des Zugangs dadurch ein, dass vermehrt Ausbildung und Berufserfahrung als Zugangsqualifikation reichen sollen. Die BAföG-Regelungen müssen dazu aber noch massiv ausgebaut werden. Im Moment bekommt man z.B. BAföG als Berufseinsteiger nur bis zum Ende des Bachelor-Studiums, aber nicht für den „Aufbaustudiengang“ Master.

Wir wollen bundeseinheitliche Zugangsstandards auch zum Medizinstudium. Die Kritik des Verfassungsgerichts sollte dazu genutzt werden, der Willkür der Hochschulen einen Riegel vorzuschieben, nicht aber zu weiterer Exklusion.

Ob und wie will Ihre Partei gewährleisten, dass Studierende in Hessen ihr Masterstudium absolvieren können?

Wir treten für ein Recht auf Master ein – wer ein Studium anfängt, dem muss auch garantiert werden, dass er/sie es bis zum M.A. führen kann. Dazu müssen die Kapazitäten der Hochschulen ausgebaut werden. Die Selektion auf dem Wege, dass viele den B.A., aber nur wenige den M.A. machen können, ist dirigistisch und schränkt die grundgesetzlich geschützte Berufswahlfreiheit ein.

Wie bewertet Ihre Partei die gegenwärtigen Kapazitäten an Studienplätzen in Hessen und wie plant sie diese fortzuentwickeln?

Da jeder Mensch das Recht haben muss, sich in dem Bereich zu bilden und zu qualifizieren, den er oder sie sich aussucht, müssen die Studienkapazitäten dem Bedarf nach flexibel ausgebaut werden. Insbesondere im Bereich der Medizin zeigt sich, wie absurd eine drastische Beschränkung der Studienkapazitäten ist. Jährlich werden Tausende Bewerberinnen und Bewerber abgelehnt, weil es nur wenige Studienplätze gibt – andererseits bemüht sich die Politik seit Jahren vergebens, dem Ärztemangel (insbesondere in ländlichen Gebieten) entgegenzuwirken.

## **Hochschulfinanzierung**

Auf welchem Wege will Ihre Partei eine tragfähige Ausfinanzierung der Hochschulen in Hessen sicherstellen?

Die solide und zuverlässige Grundfinanzierung der Hochschulen wird seit Jahren von uns gefordert. Durch eine steuerliche Umverteilung sind Mittel in den Haushalt einzustellen, die genau dies garantieren.

Wie steht Ihre Partei zum Hochschulpakt 2020 und einer möglichen Fortführung? Welchen Veränderungsbedarf sieht sie gegebenenfalls?

Der Hochschulpakt war ein dringend notwendiger Tropfen auf einen heißen Stein: Die Studierendenzahlen sind raufgegangen, aber seither nicht wieder runter. Wir müssen davon ausgehen, dass sie weiter auf hohem Niveau bleiben, deshalb muss auch die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Hochschulbildung dort bleiben. Der Pakt sollte entfristet werden, allerdings nicht, wie jetzt geplant, unter der Vorgabe ständig neuer Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, bei denen er weiter für Wettbewerb unter den Hochschulen sorgen und Bedingungen diktieren kann. Die bundesseitige Finanzierung muss den Bedarfen entsprechen und daher dynamisiert und den Studierendenzahlen so angepasst werden, dass die Hochschulen endlich wieder auskömmliche Mittel zur Verfügung haben.

Wie bewertet Ihre Partei die Zunahme und Bedeutung der Drittmittel für die Hochschulen?

Was plant Ihre Partei um Transparenz in diesem Bereich zu schaffen?

Die Zunahme der so genannten Drittmittel, die ja ganz überwiegend aus öffentlichen Kassen stammen, ist ein Mittel, die Hochschulen in einen Wettbewerb miteinander um vermeintliche Exzellenz und andere, von den Geberinstitutionen vorgegebene Kriterien zu treiben. Das schwächt die Hochschulautonomie und führt zu riesiger Planungsunsicherheit, die u.a. dazu benutzt wird, intern bei Arbeitsverträgen und Projekten auf Kurzfristigkeit zu setzen.

Die Transparenz wird schon dadurch eingeschränkt, dass die Verträge zwischen Hochschulen und Gebern als Geschäftsgeheimnisse gelten. Hochschulen sollten gezwungen werden, Transparenzklauseln in die Verträge zu schreiben, die sie mit Gebern aushandeln – sie sind öffentliche Einrichtungen, was sie machen und wie es finanziert wird, muss öffentlich einsichtig sein.

Wie bewertet Ihre Partei die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern sowie die landeseigene Initiative LOEWE und was plant sie hierbei in Zukunft?

Die Exzellenzinitiative verschärft die Ungleichheit der Lern- und Lehrbedingungen bundesweit, indem sie die Starken stärkt und diejenigen Hochschulen schwächt, die mehr auf Lehre als auf Forschung setzen, mehr auf Sozial- und Geisteswissenschaften als auf MINT-Fächer etc. Das dahinterstehende politische Ziel war von Anfang an, eine Reihe „Leuchtturm-Hochschulen“ in Deutschland zu schaffen, die es mit Oxford, Yale und der Ivy League aufnehmen können. Dabei wurde völlig ignoriert, dass das deutsche Hochschulsystem international einen hervorragenden Ruf genoss und gerade deshalb so leistungsstark war, weil alle starke Leistungen erbrachten und dafür Geld bekamen.

Hinzu kommt noch, dass die Hochschulen für angewandte Wissenschaften nur sehr gering in den Genuss der Fördermittel kommen.

### **Studienbedingungen**

Wie bewertet Ihre Partei den Umsetzungsstand des Bologna-Prozesses und welchen Reformbedarf sieht sie bei der Studienstruktur in Hessen?

Die Umsetzung der Bologna-Reform hat eher nicht zu einem Abbau von Bürokratie geführt. Die Internationalisierung von Studium und Forschung ist auf eine privilegierte Minderheit beschränkt geblieben. Und der zumindest in Deutschland beobachtbare Zuwachs an Studierenden ist nicht von einer auskömmlichen Finanzierung der Hochschullandschaft begleitet worden. Wie andere europäische Projekte auch, ist der Bologna-Prozess nach politischem Belieben als Sachzwang angeführt worden, um z.B. das Streamlining der Curricula und den Abbau von Geistes- und Sozialwissenschaften zu rechtfertigen. Die soziale Dimension, die wichtig wäre, um internationalen Austausch und Bildungsbeteiligung auch von Kindern aus Nicht-Akademiker-Haushalten zu erhöhen, sind dahingegen nicht nur in Deutschland vernachlässigt worden.

Wie steht Ihre Partei zu einem Recht auf ein Teilzeitstudium?

Ein Teilzeitstudium ist vor allem für Alleinerziehende und Berufstätige eine attraktive Möglichkeit, sich weiter zu qualifizieren. Es sollte deshalb möglichst in

allen Studiengängen ermöglicht werden, und die Fördermöglichkeiten z.B. über das BAföG müssen entsprechend ausgeweitet werden.

Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung der Anwesenheitspflicht im Rahmen einer Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes?

Die in den letzten Jahren eingeführte Anwesenheitspflicht trägt zur Verschulung des Studiums bei. Sie ist sachlich nicht notwendig und war dem Hochschulalltag jahrzehntelang fremd. Sie trägt nur zur Disziplinierung ausgerechnet in einer Zeit bei, in der viel über die neuen Möglichkeiten des E-Learning gesprochen wird und 69 Prozent aller Studierenden neben ihrem Studium einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen. Gerade für Studierende, die Angehörige zu pflegen oder zu versorgen haben, stellt sie ein massives Problem dar und gehört zurück in die Mottenkiste.

Wie bewertet Ihre Partei das im HHG vorgesehene Orientierungsstudium und wie möchte sie Hochschulen motivieren, dieses einzuführen?

Sicherlich ist ein Orientierungsstudium für viele Studierende ein hilfreiches Instrument, um sich in der vielschichtigen Angebotslandschaft zu orientieren. Es darf aber nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet werden und muss trotzdem förderungsfähig sein.

Wie steht Ihre Partei zu Verbesserungen in den Staatsexamen?

Staatsexamen werden in verschiedenen Studienangeboten als Abschlüsse verliehen. Daher ist eine allgemeine Aussage hierzu schwer möglich.

Wie will Ihre Partei gewährleisten, dass Studierende auch oberhalb der Regelstudienzeit problemlos studieren können?

Die so genannte Regelstudienzeit ist eine realitätsferne Normsetzung, die weder die tatsächliche durchschnittliche Studienzeit berücksichtigt noch individuelle Faktoren oder die Schwierigkeiten, die viele Studierende aufgrund der Überfüllung der Hörsäle haben, ihre Pflichtkurse überhaupt zu besuchen. Wir treten für ein BAföG ein, das realistisch lange gezahlt wird und individuelle Studienverläufe berücksichtigt. Zwangsexmatrikulationen lehnen wir ab.

## **Soziale Infrastruktur**

Wie plant Ihre Partei der studentischen Wohnraumnot und den hohen Mieten in Städten entgegen zu wirken?

Bund und Länder sind gefordert, die dramatische Lage gerade am Markt für studentischen Wohnraum mit Bauprojekten zu verbessern. Dafür sind vielerorts Vollzuschüsse an die Studierendenwerke oder andere Träger nötig, die zu einer Ko-Finanzierung nicht in der Lage sind. Manchen Studierendenwerken muss rechtlich erst noch die Möglichkeit zur Kreditaufnahme eingeräumt werden, damit sie von der Niedrigzinsphase profitieren können, denn selten waren die Bedingungen für kreditfinanzierte Investitionen so günstig wie gegenwärtig. Um die verschiedenen Wohnraum suchenden Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen, wollen wir öffentlich finanzierte Wohnquartiere, die erschwinglichen Wohnraum für Studierende, Auszubildende, Geflüchtete, Familien mit Kindern und Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen unter einem Dach zusammenbringen.

Konkret fordern wir 40. Mio jährlich für die Schaffung von neuem studentischen Wohnraum in Hessen.

Wie und in welchem Umfang plant Ihre Partei in Zukunft die Studierendenwerke in Hessen zu finanzieren? (Reduzierung des Beitrags der Studies)

In unseren Haushaltsforderungen findet sich jährlich die Forderung, die Studierendenwerke auskömmlich zu finanzieren. Für die Studierendenwerke beläuft sich die Forderung auf jährlich 10 Mio. – und 50 Mio. fordern wir für die Sanierung bestehender Wohnheime.

Wie und in welchem Umfang plant Ihre Partei die Weiterentwicklung der Mobilität (z.B. ÖPNV, Straßennetz, Fahrrad) für Studierende in Hessen? Wie plant Ihre Partei die Finanzierung der Semestertickets zu unterstützen?

Wir fordern einen gut ausgebauten und grundsätzlich kostenlosen ÖPNV für alle Menschen und natürlich auch den Ausbau von attraktiven, schnellen und sicheren Fahrradwegen.

Wie plant Ihre Partei Student\*innen bei der Studienfinanzierung zu unterstützen?

Laut der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes verfügen Studierende in Deutschland durchschnittlich über 918 Euro im Monat zur Deckung ihres Lebensunterhalts, die Hälfte aller Studierenden sogar über nur 860 Euro

oder weniger. Unter derzeit 1.050 Euro netto monatlich droht Armut. Studieren bedeutet somit für die überwältigende Mehrheit der Studierenden ein Leben deutlich unterhalb der Armutsrisikogrenze. Aber auch für Auszubildende und Studierende gilt uneingeschränkt das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums gemäß Artikel 1 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes.

Die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist nach Zuschüssen von Familienangehörigen und eigenem Einkommen nur die dritt wichtigste Einnahmequelle der heute Studierenden. Das BAföG ist damit zwar weiterhin die zentrale Säule der staatlichen Studienfinanzierung. Seinem Zweck, wirksam soziale Zugangsbarrieren zu einem Hochschulstudium zu beseitigen sowie bedarfsgerecht Lebensunterhalt und Ausbildung zu fördern, wird es allerdings nicht mehr gerecht.

Aktuell erhält nur noch ein Sechstel aller Studierenden Leistungen nach dem BAföG, während über zwei Drittel aller Studierenden (69 Prozent) neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Dies stellt eine erhebliche Belastung für die Betroffenen dar, die die volle Konzentration auf das Studium erschwert, dadurch Studienzeiten verlängert und die Zahl der Studienabbrüche erhöht.

Daher muss allen Studierenden unabhängig von der finanziellen Situation eine ausreichende Ausbildungsförderung zur Verfügung stehen.

## **Studentische Mitbestimmung**

Wie steht Ihre Partei zum Politischen Mandat der Student\*innenvertretungen?

Die ASten sind Vertretungen junger, erwachsener Menschen, die auf dem Weg sind, verantwortungsvolle Positionen in der Gesellschaft einzunehmen und zu vertreten. In den Hochschulen und ihren Strukturen spiegeln sich gesellschaftliche Entwicklungen und Entscheidungen. Dazu müssen ASten Position beziehen und sich äußern dürfen, wie das auch Gewerkschaften tun, die Beschäftigteninteressen vertreten – denn auch diese beschränken sich nicht auf betriebliche oder Tariffragen. Daher stehen wir voll und ganz für das politische Mandat der Studierendenvertretungen ein.

Wie steht Ihre Partei zu Paritätischer Gremienbesetzung und Beteiligung von Student\*innen in akademischen Gremien?

Demokratische Hochschulen brauchen Beteiligung und Mitbestimmung durch alle Gruppen, die dort aktiv sind und von den Entscheidungen und Abläufen der

Hochschulen betroffen sind. Deshalb sollten alle Gruppen in gleichem Maße mitbestimmen können und den Demokratieabbau der vergangenen Jahre zurückdrängen.

Forschung und Arbeit:

Wie will Ihre Partei gute Rahmenbedingungen für die Promotion gewährleisten? Hier sind verschiedene Maßnahmen denkbar, von einer besseren Stipendienvergabe und Ausgestaltung hin zu den Arbeitsbedingungen der Qualifikationsstellen, die zum einen sehr rar sind, und zum anderen oftmals hauptsächlich aus Lehrverpflichtungen bestehen.

Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses?

Wichtig ist eine Verstärkung des Hochschulpakts und der Grundfinanzierung, um den Befristungswahn einzudämmen; hier ist sicherlich eine Anschubfinanzierung durch den Bund für unbefristete Arbeitsverhältnisse denkbar.

Durch die prekären Arbeitsverträge und den dadurch oftmals festzustellenden Mangel an Zeit für die eigene Weiterqualifikation untergraben die Hochschulen die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses selbst. Bessere Arbeitsbedingungen, flexiblere Studienzeiten und die wirkliche Möglichkeit, sich selbst weiter zu qualifizieren sind wichtige Rahmenbedingungen für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Was versteht Ihre Partei unter guten Arbeitsbedingungen an hessischen Hochschulen?

Verlässliche, langfristige Beschäftigungsverhältnisse (unbefristet bzw. ausreichend für Promotion); ausreichend Mittelbau und (!) Verwaltungspersonal, um Lehrkräfte zu entlasten; vernünftige Betreuungsquoten; tatsächliche Gleichstellung auch in den höheren Hierarchieebenen, wo Frauen bisher unterrepräsentiert sind.



Wie steht Ihre Partei zur Aufnahme der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte in den Tarifvertrag? Wie steht Ihre Partei zur Schaffung einer Personalvertretung für studentische Hilfskräfte?

Beides sind dringende und wichtige Forderungen, die wir natürlich unterstützen!

Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer Zivilklausel im Rahmen einer Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes?

Entsprechende Anträge haben wir bereits in hessische Parlament eingebracht. Zudem fordern wir die Schaffung einer Koordinationsstelle „Zivilklausel“ im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

## **Gleichstellung**

Wie plant Ihre Partei die Frauen\*förderung an Hochschulen voranzubringen?

Was plant Ihre Partei gegen sexuelle Übergriffe zu tun?

Positiv zu bewerten ist, dass sich die hessischen Hochschulen mittlerweile bewusst sind, wie gering der Frauenanteil in der Wissenschaft ist. Leider lässt sich eine Steigerung des Frauenanteils in der hessischen Hochschullandschaft kaum feststellen. Das hat verschiedene Gründe, allen voran sind hier die Rahmenbedingungen zu nennen. Für junge Menschen, die Familie oder Pflege und Studium unter einen Hut bringen wollen, sind die Hürden hoch. Sie werden durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft leider nicht kleiner. Hier muss dringend angesetzt werden.

Auch sollten die künstlichen Hürden der sogenannten MINT-Fächer schon früh durchbrochen werden. Frauen sind ebenso wie Männer geeignet, in diesen Bereichen erfolgreich zu arbeiten und zu forschen – die Klischees des „männlichen“ Studienbereichs sind überholt und sollten auch in Schule und Kindergarten längst überholt sein.

Sexuelle Übergriffe sind in allen Formen und unabhängig von welchem Geschlecht sie ausgehen zu verurteilen. Vertrauensanlaufstellen und Frauenbeauftragte haben hier eine wichtige Funktion. Auch Aufklärung und der Kampf gegen Tabuisierung tragen dazu bei, sexuelle Übergriffe zu verhindern oder aber zu melden und zu sanktionieren.

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Barrierefreiheit an Hochschulen zu erhöhen?

Die Barrierefreiheit muss nicht nur erhöht werden, sie muss flächendeckend selbstverständlich gegeben sein. Dazu hat das Land entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, denn der Zugang zu Bildung ist spätestens nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention uneingeschränkt jedem Menschen möglich zu machen.

Was plant Ihre Partei gegen Diskriminierung an Hochschulen zu tun? Wie will Ihre Partei einen wirksamen Diskriminierungsschutz schaffen?

Die Einrichtung von Diskriminierungsstellen ist ein erster Schritt. Aber wie schon zuvor erwähnt, kommt der Aufklärung und dem Durchbrechen bestimmter Tabuthemen auch eine große Rolle zu.